

Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten: Auszug über die Vertiefung und die Vollendung der Europäischen Gemeinschaften

Legende: In seinen politischen Memoiren erinnert Willy Brandt, von 1969 bis 1974 deutscher Bundeskanzler, an seine Bemühungen um eine Ausweitung der Gemeinschaftspolitik auf soziale Angelegenheiten und um die Stärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit in den Europäischen Gemeinschaften.

Quelle: BRANDT, Willy. Begegnungen und Einsichten, Die Jahre 1960-1975. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1976. ISBN 3-455-08979-8. p. 356; 358-359.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_begegnungen_und_einsichten_auszug_uber_die_vertiefung_und_die_vollendung_der_europaischen_gemeinschaften-de-f0936687-b8ec-463c-8679-194946e56219.html

Publication date: 03/07/2013

Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten*

[...]

Nachdem die Thematik des sozialen Fortschritts auf meine Anregung hin in die Tagesordnung einbezogen worden war, hatte ich hierzu ein Memorandum ausarbeiten lassen, das ich erläuterte: Mir gehe es darum, daß den Menschen klar werde, was die Gemeinschaft für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeute und bedeuten könne. »Soziale Gerechtigkeit darf kein abstrakter Begriff bleiben und sozialer Fortschritt nicht als bloßes Anhängsel des wirtschaftlichen Wachstums mißverstanden werden. Wenn wir eine europäische Perspektive der Gesellschaftspolitik entwickeln, wird es vielen Bürgern unserer Staaten auch leichter werden, sich mit der Gemeinschaft zu identifizieren.«

Im Verlauf der Entwicklung müsse eine vernünftig organisierte europäische Regierung geschaffen werden, die auf den Gebieten der gemeinsamen Politik die erforderlichen Entscheidungen treffen könne und deren Amtsführung parlamentarisch kontrolliert werde. »Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, diesen Weg mitzugehen.«

Inzwischen müsse die Entscheidungsfähigkeit im Rat erhöht werden, indem man ihm zu einer gewissen Permanenz ver helfe und seine Arbeit straffe. Europa-Minister oder -Staatssekretäre könnten die Außen- und Wirtschaftsminister von einem Teil ihrer Arbeit entlasten und zugleich die innerstaatliche Koordinierung erleichtern. Das Europäische Parlament müsse in seinen Befugnissen gestärkt werden. Es sei wenig damit gewonnen, wenn über direkte Wahlen nur geredet werde. Ein wesentlicher Teil der Kontrolle - nämlich die auf die Politik der Regierungen im Rat bezogene — obliege ohnehin den nationalen Parlamenten. Weiter schlug ich vor, dem Wirtschafts- und Sozialausschuß ein gewisses Selbstbefassungsrecht einzuräumen.

[...]

Unsere »eiserne Regel« der Parallelität von währungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen war immerhin bestätigt worden. Beim Beschluß über die Einrichtung des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit — ab April des folgenden Jahres — hatten wir darauf geachtet, daß hier nicht eine neue Inflationsquelle entstand — und keine »Absaugvorrichtung« für deutsche Währungsreserven, wie bei uns zu Hause leichtfertig behauptet wurde. Neue Aktivitäten wollte die Gemeinschaft nach den Beschlüssen von Paris in der Regionalpolitik, Industriepolitik, Wissenschafts- und Technologiepolitik, Umweltschutzpolitik und in der Energiepolitik aufnehmen. Die soziale Ausrichtung war zum erstenmal gleichwertig neben die Beschlüsse zur Ökonomie gesetzt worden.

Die Feststellungen zur Effizienz der Gemeinschaftsorgane blieben undeutlich. Über den Ministerrat wurden nur Meinungen ausgetauscht. Über Europa-Minister oder -Staatssekretäre wurde nichts vereinbart. Über direkte Wahlen zum Europäischen Parlament wurde gestritten.

Vor allem die Holländer und die Italiener waren dafür. Pompidou und Heath stimmten in der Ablehnung überein. Dem dänischen Ministerpräsidenten war nicht leicht zu widersprechen, als er fragte, wieso man glaube, daß im Kreise der Neun plötzlich geregelt werden könne, worüber sich die Sechs über viele Jahre nicht geeinigt hatten. Ich konzentrierte mich darauf, wie ich schon erwähnte, mehr Kompetenzen für die Versammlung in Straßburg durchzusetzen; auch das gelang nur in bescheidenem Maße.

Vielleicht sollte noch registriert werden, daß in Paris durch Pompidou der Begriff der Europäischen Union kreiert wurde – gewissermaßen als Dach über den gemeinschaftlichen Aktivitäten und Institutionen, der politischen Zusammenarbeit und zusätzlichen Aufgabengebieten, über die sich die Regierungen verständigen würden. (Pompidou hatte im Jahr zuvor die Frage angeschnitten, wie die Gemeinschaft in Zukunft heißen solle. Ich meinte, wir sollten sie West-Europäische Union nennen. Pompidou konnte dem keinen Geschmack abgewinnen; er meinte, daß dieser Begriff – durch die WEU – verbraucht sei und neigte zu »Union der westeuropäischen Staaten.«) Niemand widersprach, als der Staatspräsident vorschlug, eine solche Zusammenfassung solle bis etwa 1980 angestrebt werden. Der belgische Ministerpräsident übernahm es, einen Bericht über die damit verbundenen Fragen bis Ende 1975 zu unterbreiten (was auch pünktlich

geschah).

[...]